Eine dramatische Nacht auf Bali

Eigentlich hatten sich die Mitgliedsstaaten der WTO schon auf das erste Handelsabkommen seit fast zwei Jahrzehnten verständigt – doch dann stellte sich Kuba quer

Von unserem Mitarbeiter Christian Mihatsch und dpa

NUSA DUA. Bei der Welthandelskonferenz auf Bali ist am Freitag durch einen Kompromiss mit Indien der Durchbruch zum seit Jahren ersten größeren Abkommen über die Liberalisierung des globalen Handels in greifbare Nähe gerückt. Am späten Freitagabend deutscher Zeit lag der Pakt unterschriftsreif vor. Viele Beobachter rechneten fest damit, dass ihn alle 159 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) unterschreiben. Das müssen sie, soll der Pakt von Bali in Kraft treten. Doch dann sorgte Kuba für einen Eklat. Die Delegation aus Havanna machte ihre Unterschrift plötzlich davon abhängig, dass die USA Handelssanktionen gegen den Karibikstaat lockern.

So ordentlich kann ein Markt aussehen – dieser Verkäufer im indischen Bangalore hat seine Tomaten mit Liebe und Präzision gestapelt. Die Ordnung des Weltmarkts dagegen ist eine kompliziertere Sache. FOTO: DPA

Bali hat schöne Beinamen. Insel der Götter lautet einer, Insel des Lächelns ein anderer. Den meisten Diplomaten aus 159 WTO-Staaten dürfte das Lächeln aber in der Nacht zum Samstag (Ortszeit) im Gesicht gefroren sein. Zuvor hatten sie mit großer Mühe und während zum Teil hitziger Debatten eine historische Reform des globalen Handels vereinbart. Es mussten jedoch noch alle 159 Handelsminister unterzeichnen. Das wurde zum Problem. Denn die Delegation aus Havanna verweigerte in der Nachspielzeit der Konferenz der Übereinkunft ihre Zustimmung. Sie erklärte, sie sage auch im Namen Boliviens, Venezuelas und Nicaraguas Nein.

Hinter den Kulissen liefen die Gespräche darüber weiter, ob das Vertragswerk nicht doch noch von allen angenommen werden könnte. Verhandlungen über Formulierungen im Zusammenhang mit dem US-Handelsembargo gegen Kuba wurden anberaumt. Wie ein Sprecher der WTO erklärte, sollte noch in der Nacht nach Möglichkeit gesucht werden, der eine Annahme des Vertrages im Konsens ermöglicht. 155 Staaten hätten ihre Unterstützung für das erste große Abkommen zur Handelsliberalisierung seit fast 20 Jahren bekundet.

Zuvor, im Laufe des Freitags, wurde auf Bali ein großer Brocken aus dem Weg geräumt. Indien und andere Staaten dürfen demnach mit dem Segen von USA und EU von Regeln der WTO bei der Subventionierung von Nahrungsmitteln für Arme abweichen. An den indischen Agrarsubventionen in Höhe von 15 Milliarden Dollar wäre der Handelspakt mehrfach fast gescheitert. Doch der Westen machte Zugeständnisse an Indien, das seinerseits von Maximalforderungen abrückte. Nach diesem Kompromiss schien im Gegenzug der Weg frei für Handelserleichterungen, die Wachstum sowie viele Jobs vor allem in Entwicklungsländern bringen sollen. Bis der große Auftritt Kubas kam.

Zuvor stand in den letzten Stunden der Verhandlungen Indien allein gegen den Rest der Welt. Der Streitpunkt war die sogenannte Friedensklausel. Indien will subventionierte Lebensmittel an zwei Drittel der 1,2 Milliarden Inder abgeben. Dies allein verstößt nicht gegen die Regeln der WTO. Doch die Regierung plant, die Lebensmittel zuerst zu überhöhten Preisen – also Preisen oberhalb der Weltmarktpreise – von den Bauern des Landes zu kaufen. Wegen des gigantischen Ausmaßes des Programms verstößt Indien gegen die WTO-Regel, dass höchstens zehn Prozent der Nahrungsmittelproduktion subventioniert werden dürfen.

Um Indien Zeit zu geben, dieses System zu ändern, wurde eine Friedensklausel vereinbart. Vier Jahre lang darf kein anderes Land Indien wegen seiner Subventionspraxis vor dem Schiedsgericht der WTO verklagen. Dem hatte Neu-Delhi ursprünglich zugestimmt. Doch in Indien herrscht Wahlkampf und die Umfragen sehen schlecht aus für die derzeit regierende Kongresspartei. Vor diesem Hintergrund hat der Oppositionspolitiker und ehemalige Handelsminister Arun Jaitley verlauten lassen, dass er die Befristung der Friedensklausel auf vier Jahre ablehnt. Daraufhin hat Indien seine ursprüngliche Zustimmung zur vierjährigen Friedensklausel zurückgezogen. Die WTO-Verhandlungen wurden zur Geisel des indischen Wahlkampfs.

Eigentlich wollten die USA das Verhalten Indiens nicht noch belohnen, wie es der Verhandlungsführer Michael Froman zu Beginn der Verhandlungen ausdrückte. Doch letztlich setzte sich Indien durch. Die Friedensklausel soll laut Kompromisspapier vorerst unbefristet gelten, bis eine endgültige Lösung gefunden ist. Indien soll demnach gewährleisten, dass mit dem Mammutprogramm des Aufkaufs und der Weitergabe von Reis und Getreide zu staatlich festgesetzten Preisen keine Handelsverzerrung auf Märkten anderer Länder verursacht wird.

Das Einlenken der USA hat zwei Gründe. Zum einen entbehrt der Streit über die indischen Agrarsubventionen nicht der Ironie. Im Vergleich zu den 400 Milliarden Dollar, mit denen die Industriestaaten jedes Jahr ihre Landwirtschaft subventionieren, sind die 15 Milliarden Dollar für die indischen Bauern minimal. Ausschlaggebend ist aber die Form, in der diese Beihilfen ausbezahlt werden. Subventionen wie die Direktzahlungen der Industriestaaten gelten als WTO-konform, während die Art der indischen Beihilfen gegen die Regeln verstößt.

Zum anderen wollten die USA das Kernstück des Bali-Pakets nicht gefährden – Regeln zur Vereinfachung der Zollformalitäten. Festgelegt wurde im Kompromisspapier, dass alle Zollformalitäten an einem einzigen Schalter der Behörde gebündelt werden müssen. Geregelt wurde auch die künftige Zusammenarbeit von Export- und Importländern. Dank dieser Erleichterungen soll das Bruttoinlandsprodukt der Welt um 1,4 Prozent oder 1000 Milliarden Dollar gesteigert werden, wie das Peterson Institute for International Economics ausgerechnet hat. Das Paket enthält Erleichterungen für die ärmsten Länder, etwa beim Export von Dienstleistungen.

Hätte Kuba es nicht (vorerst) verhindert, wäre es mit dem Erfolg von Bali der WTO zum ersten Mal während ihres 18-jährigen Bestehens gelungen, einen neuen Handelsvertrag zu verabschieden. Die jetzige sogenannte Doha-Runde läuft schon seit 2001. Eine Einigung scheiterte immer wieder an Widersprüchen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Vor der Konferenz in Bali wurde von vielen Seiten gewarnt, dass ein Scheitern die Rolle der WTO und den Fortbestand der multilateralen Handelsordnung gefährdet. Es war die Friedensklausel, die hielt, was ihr Name verspricht – bis Kuba neuen Unfrieden stiftete.

An der Nase herumgeführt

Einzelhändler versprühen Duftstoffe, um Kunden zum Kaufen zu verführen / Nun warnt das Umweltbundesamt

Von unserer Mitarbeiterin Hanna Gersmann

Mmmmmh – Weihnachtsgefühle aus der Kindheit will der Handel wecken. FOTO: 77SG (FOTOLIA.COM)

BERLIN. Weihnachten riecht gut, vielleicht zu gut. Denn dem Duft nach Tanne, Zimt, Vanille lässt sich nachhelfen. Läden lassen sich beduften, nicht nur im Winter. Das Duftgeschäft läuft immer und allerorten. Es riecht nach Vanille beim Bäcker, nach Zitrone an der Fischtheke. Die sogenannte Beduftung von Kaufhäusern, Banken oder Modeläden sei ein Problem, erklärte diese Woche das Umweltbundesamt. Die Mediziner der obersten Umweltbehörde warnen, dass „empfindliche Personen belästigt oder sogar gesundheitlich beeinträchtigt werden“ können.

Die Düfte sollen den Kunden die Sinne rauben. Sie sollen in Läden zum Kaufen, in Restaurants zum Essen, in Arztpraxen zum Wohlfühlen animieren. Duftdesigner kreieren für jeden Ort und Anlass einen Stoff, der passen soll. Die Münchener Firma Voitino zum Beispiel ist einer der Großen in der Branche. Im Internet preist sie „Zitrusaroma an der Fischtheke“, „Backduft in der Backwarenabteilung“ oder „appetitanregender Duft für das Restaurant“ an. Auch im Angebot: der „Welcome-Duft für die Lobby“, der „Konzentrationsfördernde Duft“ etwa fürs Büro und „maskuline Düfte für den Herren-Umkleidebereich“.

Eva Goris kennt das Duftgeschäft wie sonst kaum jemand. Sie hat das Buch „Der Duftcode“ geschrieben und sagt: „Gegen Düfte kann der Mensch sich nicht wehren, denn mit jedem Atemzug nehmen wir automatisch Duftmoleküle auf.“ Ein Kunde bekomme oft gar nicht mit, dass über eine Aromasäule oder die Klimaanlage ein Duft verteilt werde. Duftmarketing gilt erst als perfekt, wenn es subtil wirkt. Goris: „Bei geringer Dosierung nehmen wir den Duft oft nicht einmal bewusst wahr. Trotzdem können uns diese wenigen eingeatmeten Moleküle manipulieren.“ Über die Riechnervenzellen wirken die Duftmoleküle in einer Region des Gehirns – dem Limbischen System. Dort befindet sich auch das Zentrum, das Emotionen speichert. Der Mensch verbindet Düfte mit Erinnerungen.

Der Duft ausgepusteter Kerzen weckt Weihnachtsgefühle aus der Kindheit, der Plätzchenduft erinnert an die Großmutter. „Wir sind emotional berührt, wenn wir einen bestimmten Duft wahrnehmen“, meint Goris. „Das machen sich Duftdesigner zunutze.“ Fühlten sich Kunden wohl, seien sie nachweislich kauflustiger, blieben länger im Geschäft, gäben leichtsinniger Geld aus. Goris sagt: „Wir werden an der Nase herumgeführt.“

Voitino bestätigt das, auch wenn die Firma eine andere Formulierung wählt. Die Beduftung sei eines der „effektivsten und kostengünstigsten Instrumente zur Verkaufsförderung“ und im harten Wettbewerb nicht mehr wegzudenken. Das Marketing erobert den Luftraum. Selbst „Staubsauger- oder Mülleimerparfum“ würden verkauft. Wolfgang Straff, Mediziner und Duftexperte beim Umweltbundesamt, sieht die Allgegenwart von künstlichen Düften mit Argwohn. Es gebe hierzulande schätzungsweise eine halbe Million Duftstoffallergiker.

Der Deutsche Allergie- und Asthmabund erklärt, dass Duftstoffe nach Nickel die zweithäufigste Ursache von Kontaktallergien sind. Im direkten Kontakt mit den Essenzen rötet und schuppt sich dann die Haut, sie juckt und schwillt an. Möglicherweise ruft auch das Einatmen der Allergene Symptome hervor. Und mancher entwickelt – ähnlich wie bei zu starkem Lärm – Stressreaktionen. Für Kosmetika und Wasch- und Reinigungsmittel gibt es Richtlinien, nach denen zum Beispiel Duftstoffe, die besonders häufig Allergien auslösen, auf der Verpackung genannt werden müssen. Dazu gehören Citral, Farnesol oder Linalool. Für Duftkerzen und manch andere Produkte zur Beduftung von Räumen gilt das aber nicht. Und Geschäftsleute dürfen so viel versprühen, wie sie mögen.

Dagegen tun lässt sich wenig. „Personen, die empfindlich auf Duftstoffe reagieren, bleibt nur, diese Orte nach Möglichkeit zu meiden“, sagt Straff. Für die eigenen vier Wände gibt er indes diesen Tipp: „zurückhaltend mit Duftlampen, Räucherstäbchen und Ähnlichem umzugehen.“ Und: „Besser die Wohnung regelmäßig lüften.“

INFO

ALLERGIEVERDACHT?

Der Mediziner Wolfgang Straff vom Umweltbundesamt rät jedem, der glaubt, auf Düfte allergisch zu reagieren: „Möglichst einen Hautarzt mit der Zusatzbezeichnung Allergologe aufsuchen! Die Diagnose kann echter Detektivarbeit ähneln: Durch genaue Befragung und Tests wird die Zahl der Stoffe, die infrage kommen, eingegrenzt. Die Tests sind wie eine Art Screening. Ein Duftstoffgemisch wird auf die Haut aufgetragen und die Reaktion über mehrere Tage beobachtet.“

Bundesbank prophezeit kräftigen Aufschwung

FRANKFURT (dpa). Getrieben von einer starken Binnenwirtschaft wird sich die Konjunkturerholung in Deutschland laut Bundesbank beschleunigen. „Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem guten Zustand: Die Arbeitslosenquote ist niedrig, die Beschäftigung steigt weiter, und der Lohnanstieg normalisiert sich“, so Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Zudem seien die Zinsen niedrig. „Diese Faktoren stützen den privaten Verbrauch und treiben den Wohnungsbau an.“ Nach dem schwachen Winter rechnet die Bundesbank für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent. 2014 soll es um 1,7 Prozent steigen, 2015 um 2,0 Prozent. Bewahrheitet sich das, dürfte Deutschland Europas Konjunkturlokomotive bleiben.

Euroländer kaufen hierzulande wieder mehr

WIESBADEN (dpa). Das Ende der Rezession im Euroraum macht sich allmählich auch bei den deutschen Exporteuren bemerkbar. Im dritten Quartal zogen die Ausfuhren in die Partnerländer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,4 Prozent auf 97,8 Milliarden Euro an, wie das Statistische Bundesamt berichtete. Das war das erste Quartalsplus im Vorjahresvergleich seit Ende 2011. Insgesamt verringerten sich die deutschen Ausfuhren im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8 Prozent auf 272,6 Milliarden Euro.